



**Betreff: Anberaumung einer Bauverhandlung
"Errichtung von 2 Wohngebäuden (6 und 7 Wohnungen)
sowie 7 Carports und einer Müllsammelstelle"**

LWBK Landeswohnbau Kärnten - Neue Heimat, Gemeinnützige
Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Kärnten GesmbH,
Ferdinand-Seeland-Straße 27, 9020 Klagenfurt am Wörthersee

Datum:	25.10.2024
Zahl:	131/26/2024/G
Auskünfte:	Ing. Daniel Grojer-Rupacher
Telefon:	04215/2216 - 17
E-Mail:	daniel.grojer@ktn.gde.at

K U N D M A C H U N G

Die Bauwerberin **LWBK Landeswohnbau Kärnten - Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Kärnten GesmbH, Ferdinand-Seeland-Straße 27, 9020 Klagenfurt am Wörthersee**, hat mit der Eingabe vom 01.10.2024 um die Erteilung der Baubewilligung für das Bauvorhaben: **"Errichtung von 2 Wohngebäuden (6 und 7 Wohnungen) sowie 7 Carports und einer Müllsammelstelle"** auf dem Grundstück: Nr.: **98/1**, KG: **Liebenfels**, EZ: **256**, angesucht.

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Liebenfels ordnet hierüber gemäß der Bestimmung des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 55/2024, eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

Dienstag, 12.11.2024 um 11:00 Uhr

an. Die Kommission tritt an Ort und Stelle zusammen (Grundstück 98/1, KG 74503 Liebenfels).

Sie werden als Beteiligte/r eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen eigenberechtigten Vertreter zu entsenden. Die Vertreter haben sich mit einer ordnungsgemäßen Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 idGF. (AVG) bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden.

Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Marktgemeindeamt Liebenfels, Bauamt, während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf.

Die Kundmachung hat zur Folge, dass nach § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 idGF. (AVG) Einwendungen, die nicht spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung selbst vorgebracht werden, keine Berücksichtigung finden und mit Ablauf dieser Frist alle Rechte, die an die Parteistellung anknüpfen, entfallen.

Gemäß § 42 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 idGF. (AVG), kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses,

jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben.

Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Von der Bauwerberin ist die Situierung des Bauvorhabens ersichtlich zu machen.

Der Bürgermeister:

F.d.R.d.A.

Klaus Köchl e.h.

Zur öffentlichen Bekanntmachung:

Angeschlagen am: 25.10.2024

Abgenommen am: 12.11.2024